

## Wer ist die\* Nächste? – Frauen\*morde stoppen!

Wer ist die\* Nächste? Österreich ist das einzige Land in der Europäischen Union, in dem mehr Frauen als Männer Mordopfer werden. Im Jahr 2020 waren 31 Frauen unter insgesamt 43 Mordopfern, bis Ende November 2021 wurden 29 mutmaßliche Frauen\*morde verübt. Frauen\*morde sind aber nur die Spitze des Eisbergs. 20 Prozent aller Frauen\* sind von häuslicher Gewalt betroffen. Diese Gewalt folgt einem Muster: 91 Prozent der Gewalt an Frauen wird von Männern verübt, die meist in einem Naheverhältnis zu ihnen stehen. Ehemänner, Exfreunde, Väter, Brüder, Söhne töten Ehefrauen, Exfreundinnen, Töchter, Schwestern, Mütter.

Diese Gewalt ist in zweifacher Hinsicht ein strukturelles Problem: Erstens ist sie Ausdruck eines Machtunterschieds. Solange Frauen\* weiterhin abhängig von Männern sind, setzt sich diese Gewalt immer weiter fort. Um sie nicht nur zu bekämpfen, sondern ihr die Basis zu nehmen, gibt es nur einen Weg: Die Unabhängigkeit der Frau\*!

Zweitens sind die öffentlichen Strukturen Österreichs nicht darauf ausgerichtet, Gewalt an Frauen\* zu erkennen und zu bekämpfen, oder werden nicht mit den nötigen Mitteln ausgestattet. Dies beginnt bei unserer Polizei, bei der Notrufe von Frauen\* oft nicht angemessen bearbeitet werden. Erst im Juni dieses Jahres bekam eine Frau, die wegen häuslicher Gewalt die Polizei rief, selbst eine Strafverfügung von der Behörde. Diese Polizisten haben damit nicht nur ihre Dienstpflichten verletzt, sie sind Teil der strukturellen Gewalt an Frauen\*. Um dies zu beenden, braucht es tiefgreifende Änderungen in der polizeilichen Kultur, Ausbildung und Vorgehensweise.

Auch die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen muss dringend verbessert werden. Fallkonferenzen in Hochrisikofällen wurden 2018 von ÖVP und FPÖ abgeschafft. Die jetzige zögerliche Wiedereinführung zeigt, wie schwerwiegend dieser Fehler war.

Die Taubheit von ÖVP-Regierungen für die Anliegen von Frauen spiegelt sich im Budget wider. Frauenministerin Raab brüstet sich mit 25 Mio. Euro mehr für Gewaltschutzeinrichtungen. Diese Maßnahme ist eine Farce! Das Geld wird einmalig zur Verfügung gestellt und über Projektförderungen vergeben, hauptsächlich an *Familienberatungsstellen*, nicht an *Frauenberatungsstellen*. Die Institutionen fordern für einen stabilen und angemessenen Betrieb 228 Mio. Euro pro Jahr, von denen der größte Teil in die Basisfinanzierung fließen müsste, um bis zu 3.000 mehr Mitarbeiter\*innen beschäftigen und damit eine adäquate Versorgung der Gewaltschutzeinrichtungen gewährleisten zu können.

Auch Männer müssen in Verantwortung genommen werden. Gewaltprävention beginnt damit, das Problem beim Namen zu nennen: Gewalt an Frauen ist ein Männerproblem. Wir müssen mit Tätern, Gefährdern aber auch mit allen anderen Männern arbeiten, um die Gewaltbereitschaft von Männern gegenüber Frauen zu bekämpfen. Durch verpflichtende Täter- und Gefährderarbeit soll Gewalt präventiv bekämpft, Wiederholungstäterschaft verhindert und im besten Fall ein neues Bewusstsein geschaffen werden. Darüber hinaus braucht es einen kulturellen Wandel der gesellschaftlichen Normen von Männlichkeit.

Damit wir nicht mehr fragen müssen: Wer ist die\* Nächste? Frauen\*morde stoppen!

**Daher beschließt [Gremium] der [Organisation]:**

**Behördenkultur des Wegschauens beenden:** Wir fordern eine Sensibilisierung der Behörden im Umgang mit Gewalt an Frauen\* durch eine verbesserte Ausbildung innerhalb der Polizei und Justiz sowie eine schnelle, einheitliche und opferschutzorientierte Vorgehensweise bei gefährdeten Frauen\*, die sich hilfeschend an die Behörden wenden.

**Bessere Zusammenarbeit zwischen den Institutionen:** Um Gewalt gegen Frauen\* und Frauen\*morden vorzubeugen, fordern wir institutionsübergreifende Fallkonferenzen in Hochrisikofällen sowie ein klar strukturiertes Konzept für eine funktionierende behördenübergreifende Kooperation und Koordination, die flächendeckende Umsetzung von Opferschutzeinrichtungen in Spitälern sowie eine bessere institutionelle Zusammenarbeit.

**Mehr Mittel für Opferschutzeinrichtungen:** Wir fordern eine Erhöhung und klare Zuteilung des Budgets für Opferschutzeinrichtungen, insbesondere im ländlichen Bereich, die Erhöhung der Basisförderung von Gewaltschutzeinrichtungen, sowie die Erhaltung und den Ausbau von Unterstützungsmaßnahmen im kollektiven Raum.

**Ökonomische Unabhängigkeit von Frauen\* fördern:** Wir setzen uns ein für die Abschaffung der patriarchalen Strukturen, die Aufwertung von "Frauenberufen", gleichen Lohn für gleiche Arbeit sowie eine flächendeckende, ganztägige und kostenlose Kinderbetreuung, um die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen\* voranzutreiben.

**Mehr und verbesserte Täter- sowie Präventionsarbeit:** Wir fordern eine engmaschigere und verpflichtende Arbeit mit Tätern und Gefährdern, eine akkurate und frühe Gefährlichkeitseinschätzung, sowie Personenschutz für gefährdete Frauen\* und Kinder. Darüber hinaus bedarf es auch ausreichender Präventionsarbeit, einem kulturellen Wandel bezogen auf die gesellschaftlichen Normen von Männlichkeit, sowie die Schaffung eines Bewusstseins darüber, wie Gewalt an Frauen\* generell und Frauen\*morde im Spezifischen entstehen.